

lungstendenzen aufzuhalten und in Westdeutschland grundlegende demokratische Veränderungen zu bewirken.

Gerade deshalb wurde die KPD verboten und mit ihr eine große Zahl demokratischer Organisationen, wie die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Nationale Front des demokratischen Deutschland, das Friedenskomitee, die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen, die Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferientage für alle Kinder“ und andere Vereinigungen.

Damit die Stimme der Demokratie und des Friedens in Westdeutschland verstumme, setzten die alten Verderber Deutschlands, die Todfeinde von Demokratie und Frieden, ihre Staatsmacht ein. Weil die KPD dem Volk immer die Wahrheit gesagt hat, deshalb haben die Herren der Konzerne die ganze staatliche Maschinerie der Unterdrückung gegen sie aufgeboten.

Jeder kann sich heute in Westdeutschland von der Richtigkeit der Worte der KPD überzeugen, die sie am Tage des Verbots sprach: Das Urteil von Karlsruhe ist „ein unerhörter Anschlag der Militaristen gegen den Frieden, gegen das Lebensrecht des deutschen Volkes und die Sicherheit Europas . . . Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschritten worden... Jetzt wird offenbar, daß die Monopolherren und Militaristen den aussichtslosen Weg ihrer Politik der Stärke weitergehen . . . wollen.“(1)

Das Verbot der KPD diene den imperialistischen Machthabern zur Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Damit wurde fortgesetzt, was schon mit der Spaltung Deutschlands durch die Gründung des westdeutschen Separatstaates bewirkt werden sollte: die Spaltung der *ganzen* deutschen Arbeiterklasse, der Versuch, alle Bande der Gemeinsamkeit zwischen den Arbeitern, den Bauern und der Intelligenz in beiden Teilen Deutschlands zu zerreiben. Das Potsdamer Abkommen hatte festgelegt, Deutschland als Einheit zu behandeln. Aber im Interesse ihrer antinationalen Klasseninteressen brachen die deutschen Imperialisten auch dieses Gebot.

Gerade weil die KPD als einzige Partei in Westdeutschland im Sinne des Potsdamer Abkommens gegen Konzernmacht, Militarismus und Neonazismus, für die Einigung der Arbeiterklasse und für die Vereini-

1 »Die KPD lebt und kämpft«, Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956-1962, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 1/2.